NR. 39 1.10.2004

russland analysen

russlandanalysen.de

RUSSLAND UND DIE EUROPÄISCHE UNION
PUTINS SYSTEMREFORM – REAKTIONEN

ANALYSE
Russland und die Europäische Union. Galina Michaleva, Moskau/Bremen 2

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Haushaltsansatz von TACIS für Russland, 2004–2006 5
Die Einstellung der Russen zur Europäischen Union im Juni und November 2003 6

DOKUMENTATION
Offener Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO vom 28. September 2004 9
Pressestimmen zum Offenen Brief 11

UMFRAGE
Putins Systemreform in den Augen der Öffentlichkeit 12

CHRONIK
Vom 22. bis zum 30. September 2004 14

DGO Forschungsstelle Osteuropa Otto Wolff - Stiftung

Analyse

Russland und die Europäische Union – Eine Beziehung voller Missverständnisse

Galina Michaleva, Moskau/Bremen

Zusammenfassung

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten haben ziemlich lange gebraucht, um ihre Ziele und Interessen in Bezug auf Russland zu formulieren. Die EU war zu sehr mit eigenen Problemen beschäftigt, vor allem mit ihrer Erweiterung nach Osten. An Russland war Brüssel nur insofern interessiert, soweit es um Sicherheitsfragen und um einen möglichen Widerstand gegen die Osterweiterung ging. Dabei schnitt Russland in den Augen der EU im Vergleich mit der sozialistischen Sowjetunion bis heute besser ab: eine direkte militärische Bedrohung geht von ihm nicht aus. Für den Westen vermengte sich das „russische Risiko" mit den globalen Herausforderungen, die Russland ebenso betreffen wie den Westen. Bei den Planungen für Russland steht nach wie vor an erster Stelle der Wunsch, auf die russische Transformation in einer Weise gestaltend einzuwirken, dass ein vertragsfähiger Partner im Wirtschaftsbereich (vor allem in der Energiewirtschaft), aber auch bei Fragen der Ökologie, der nuklearen Sicherheit und des Kampfes gegen das internationale Verbrechen entsteht.

EU und Russland: eine Geschichte der Missverständnisse

Das Verhältnis zwischen Europäischer Union und Russland war von Anfang an durch Missverständnisse geprägt. Angefangen mit dem „Washingtoner Konsensus" über die „Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit" zwischen Russland und der EU bis zu den beiden letzten strategischen Dokumenten – die 1999 verabschiedete „Gemeinsame Strategie der EU für Russland" und die „Mittelfristige Strategie der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der EU (2000–2010)" – fußten die gegenseitigen Beziehungen auf dem Prinzip des „Zerrspiegels". Die Bewertung der Transformation in Russland durch die EU spiegelte Wünsche und nicht Tatsachen wider, trotz vieler kritischer Anmerkungen:

- Strategien wie auch konkrete Programme wurden nach diesen fehlerhaften Zielvorgaben entwickelt;
- Strategien wurden erst *post factum* korrigiert, als es wirklich nicht mehr möglich war, die Augen davor zu verschließen, dass die Entwicklung Russlands falsch eingeschätzt worden war;
- konkrete Programme traten gewissermaßen „phasenverschoben" in Kraft und waren stets auf die abgelaufene Transformationsetappe ausgerichtet.

Die Ziele und der EU und die Ziele Russlands

Die Ziele Russlands und der EU unterschieden sich aber von dem Moment an, in dem die Strategien formuliert wurden, deutlich, was auch in den Dokumenten erkennbar ist.

Für die EU sind die erklärten Hauptziele: Förderung der Demokratie, Integration Russlands in einen einheitlichen Wirtschafts- und Sozialraum, Kooperation, um angesichts der allgemeinen Herausforderungen für den Kontinent (Terrorismus, Migration usw.) Stabilität und Sicherheit in Europa und jenseits seiner Grenzen zu erhöhen. Die Förderung der Demokratie ist offiziell ein zentrales Element von TACIS (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States); praktisch aber nimmt die Finanzierung von Programmen für eben dieses Ziel nur geringen Raum ein. So wurden in den Jahren 1991–1999 im Rahmen von TACIS nur 240,58 Mio. Euro oder 5,8% hierfür ausgegeben; in dieser Summe sind auch noch die institutionellen Ausgaben enthalten. Hilfe jeder Art wird durch EU-interne Probleme (Bürokratisierung, die nicht-öffentliche Verteilung von Projekten, mangelnde wirksame Kontrolle) erschwert. Offensichtlich stimmt die Rhetorik, die den Stellenwert von Fortschritten bei der Demokratisierung unterstreicht, nicht mit der Realität überein.

Für Russland sind sowohl die erklärten wie auch die tatsächlichen Ziele die wirtschaftliche Modernisierung des Landes und das Erreichen von Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Haltung gegenüber dem Westen war unklar und inkonsequent. Das „postsowjetische Syndrom" drückte sich einerseits in imperialer Rhetorik und der Verkündung entsprechender Ziele aus, andererseits wurde jegliche westliche finanzielle Unterstützung angenommen. Bedeutsam ist, dass Russland nicht die Absicht hatte (und auch nicht imstande war), die unterschriebenen Vereinbarungen zu erfüllen, und dass der Westen dies auch nicht einforderte.

Demokratie – ein marginales Thema?

Der Westen als Ganzes wie auch die EU, verfolgte ein breites Spektrum von Zielen. Sie bestand auf

der Lösung von prioritären Fragen (Sicherheit, Energiesektor), aber auch von lokalen, aber relevanten Fragen (Transitvisum für das Gebiet Kaliningrad). Die Transformation hin zur Demokratie war allerdings zweitrangig. Die EU wie der Westen insgesamt gaben sich mit Deklarationen oder mit Imitationen demokratischer Praxis zufrieden. Um in das System der internationalen Netze von „isomorphen" Normen und Institutionen (formal ist die Gewaltenteilung vorhanden, Prinzipien des Rechtstaates und der Menschenrechte werden deklariert) eingebunden zu werden, sind wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation bei der kollektiven Sicherheit ausreichend: Das Land wird als gleichberechtigter internationaler Partner angesehen.

Während der gesamten Ära Jelzin wurde die Demokratisierung in strategischen Dokumenten nicht angemahnt, und in der Praxis der Geldgeber sind Demokratisierungsprogramme von geringer Bedeutung. Der Westen geht von der Vorstellung aus, dass sich Russland im Großen und Ganzen in Richtung Demokratie bewegt, und dass Programme, die zur Angleichung der wirtschaftlichen Bedingungen dienen, die Grundlage hierfür schaffen. Interne russische Konflikte werden nicht als Defekte des Systems angesehen, sondern bestenfalls als Abweichungen vom allgemeinen Kurs der Transformation zu Markwirtschaft und Demokratie, daher haben sich grundlegende Dokumente und Programme trotz der anfänglich (relativ) scharfen Reaktion auf den Tschetschenienkrieg wenig geändert.

Der Vergleich der „Gemeinsamen Strategie der EU für Russland", die 1999 verabschiedet wurde, mit der „Mittelfristigen Strategie für die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der EU (2000–2010)" lässt den Schluss einer asymmetrischen Partnerschaft zu: Aus den Dokumenten geht hervor, dass die Ziele der beiden Seiten divergieren, dass sie unrealistisch sind und dass man sich missversteht. Die Politik der EU gegenüber Russland ist in eine Falle geraten: in der Implementierung hat sich die Politik verändert, obwohl Namen und Terminologie in den Dokumenten gleich geblieben sind.

Russland und die EU: die Praxis der Zusammenarbeit

In der Praxis hat die Durchsetzung von Prinzipien wie Demokratie, die Diffusion von Regierungs- und Geschäftspraktiken natürlich ihre Grenzen. Die Realität des politischen Lebens und die Regeln der Zusammenarbeit zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren erlauben nur teilweise die Umsetzung der zum „Import" vorgeschlagenen Normen und Institutionen. Man verwendet sie zur äußerlichen Zusammenarbeit, bei Kontakten mit ausländischen politischen oder wirtschaftlichen Partnern. Zu einem Umbruch der inneren Verhältnisse kommt es aber nicht. Die Forderungen nach „Demokratisierung" bleiben nur eine rhetorische Figur. Was die Hilfe bei der Demokratisierung betrifft, hat die EU also völlig rational gehandelt, indem sie nur minimale Mittel für diese Programme zur Verfügung stellte. Auswärtige Akteure können nur marginalen Einfluss auf politische Prozesse innerhalb des Landes ausüben. Die Ressourcen werden von den nationalen Eliten umverteilt, die sich dabei nach den örtlichen politischen Bedingungen richten.

Hemmnisse auf dem Weg zur Partnerschaft waren auch mit der geänderten internationalen politischen Großwetterlage verbunden. In erster Linie betrifft dies die Zusammenarbeit mit der islamischen Welt, darunter auch die Beziehungen zu den in Europa lebenden Muslimen und die Bestrebungen der Türkei, der EU beizutreten. Zweitens geht es um praktische Fragen des Kampfes gegen den Terrorismus. Zu guter Letzt sind es auch die Folgen der Osterweiterung der EU. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Russlands mit der EU hat nach Meinung von Experten jetzt eine Grenze erreicht.

Der politische Dialog geht bis heute von der „Präsumtion demokratischer Erklärungen" Russlands aus. Erst vor vergleichsweise kurzer Zeit, während Putins zweiter Amtszeit und nach dem konsequenten Abbau aller demokratischer Institution in Russland unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus, haben europäische Politiker ernsthaft begonnen, Besorgnis über die autoritären Tendenzen in Russland auszudrücken. Man muss allerdings berücksichtigen, dass die strategischen Ziele Europas und der EU auch in Zusammenarbeit mit autoritären Staaten erreicht werden können.

Zusammenarbeit auf der Mikroebene: politische Trends in den Regionen

Greifbar wird die Zusammenarbeit von Europäischer Union und russischen Stellen auf der Ebene der Regionen. Wenn wir aber die Mechanismen der Kooperation mit europäischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren und die konkrete Projekte in den Regionen analysieren, die mit der Unterstützung von TACIS und politischen Stiftungen auf der Mikroebene durchgeführt werden, erhalten wir überzeugende Belege dafür, dass die Ressourcen der EU von den regionalen und lokalen Eliten dazu verwendet werden, um ihre Machtpositionen zu verstärken und die eigene Ressourcenbasis zu erweitern.

In diesem Kontext spielt der Typ der wirtschaftlichen Entwicklung der Region, der Grad der Abhängigkeit vom Zentrum und die politischen Charakteristika – das heißt, Existenz oder Nichtexistenz von konkur-

rierenden Elitengruppen – praktisch keine Rolle. Auch die strategische Orientierung der regionalen Eliten hat keine Bedeutung, gleichgültig ob die Eliten auf eine Verbesserung des Investitionsklimas (Nowgorod, Perm) oder auf die Ausweitung der Kooperation über die Grenze hinweg (Karelien) orientiert sind, oder ob es überhaupt keine Pläne zur Etablierung von Kontakten gibt (Saratow), sei es, dass die Elite bloß auf die bewusste Verwendung demokratischer Rhetorik setzt (Tschuwaschien).

Die Zusammenarbeit unterscheidet sich in Umfang und Intensität, aber nicht in der generellen Richtung. In der Regel gilt folgendes Grundmuster: Projekte und Kontakte aller Art werden mit sehr wenigen Ausnahmen von den regionalen Regierungen kontrolliert. Direkte Investitionen und die Anwesenheit europäischer Firmen stellen neue Anforderungen an das Management, dessen Struktur „kompatibel" zur westlichen sein muss. Eine erhebliche Anzahl der Projekte in allen Regionen soll dazu dienen, die Arbeit der Beamten effektiver zu machen und die Verwaltung zu verbessern, dabei sind die Auswirkungen dieser Programme in den Regionen sehr verschieden; sie reichen von einer völligen Umstrukturierung der Verwaltung nach westlichem Muster in Nowgorod und Karelien zu völligem Fehlschlag in Tschuwaschien und Saratow. Programme im sozialen Bereich werden zu einer zusätzlichen Ressourcenbasis der regionalen Regierung. Das Konzept der Ko-Administration, das den TACIS-Programmen zugrunde liegt, führt in der Praxis dazu, dass der dritte Sektor von den Administrationen kontrolliert wird, die die Ressourcen nicht nur einwerben, sondern auch verteilen. Nichtregierungsorganisationen werden in das existierende politische System eingebunden oder aber im Bedarfsfall von den Administrationen selbst geschaffen. Ausnahmen sind Projekte zur Unterstützung von NGOs, die in nationale Netzwerke eingebunden sind, in erster Linie Menschenrechtsorganisationen, und punktuelle und schwachfinanzierte Programme von politischen Stiftungen, an denen sich auch demokratische Parteien beteiligen können. Im Ganzen sind die Mittel, die für die Demokratisierung aufgewendet werden, gering und unbedeutend.

Die Entwicklungstendenz der politischen Regime in den Regionen hat sich im Verlauf des Transformationsprozesses geändert: Vor dem Jahr 2000 bestand eine Vielfalt, in einigen der Regionen gab es parallel mehrere Machtzentren und Elemente von Demokratie. Jetzt geht unter dem Druck des föderalen Zentrums der Prozess einer raschen Vereinheitlichung vor sich. Sowohl im Zentrum wie auch in den Regionen gibt es nur noch wenige Zonen, in denen noch demokratische Freiheiten existieren.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autorin:

Galina Michaleva ist Direktorin des Zentrums für das Studium zeitgenössischer Politik und Leiterin der Regionalverwaltung der Partei „Jabloko".

Literaturtipps:

Kempe, Iris. Die EU als Modernisierungspartner für Russland, in: Hillenbrand O., Kempe I. (Hrsg.). Der schwerfällige Riese. Wie Russland den Wandel gestalten soll. Gütersloh 2003, S. 275–303.

Haukkala, Hiski. What went right with the EU's Common Strategy on Russia?, in: Moshes, Arkady (ed.). Rethinking the Respective Strategies of Russia and the European Union. Moskau 2003. http://www.upifiia.fi/english/publications/upi_report/reports/FIIA-CarnegieReport2003.pdf, S. 62–96.

Khudoley, Konstantin. Russia and the European Union: New opportunities, new challenges in: Moshes, Arkady (ed.). Rethinking the Respective Strategies of Russia and the European Union. Moskau 2003. http://www.upifiia.fi/english/publications/upi_report/reports/FIIA-CarnegieReport2003.pdf, S. 8–30.

Die Russlandpolitik der Europäischen Union im Internet (Eine Auswahl von Links)

Die Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Russland:
http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/eu/russland.pdf

Die Mittelfristige Strategie für die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der EU (2000–2010) (auf Russisch):
http://www.delrus.cec.eu.int/ru/p_320.htm

Russia: Country Strategy Paper 2002-2006 & National Indicative Programme 2002-2003:
http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/csp/index.htm

Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: Wider Europe - Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours COM (2003) 104(01), Brussels, 11.3.2003
http://europa.eu.int/eur-lex/en/com/cnc/2003/com2003_0104en01.pdf

Supporting the development of civil society in Russia http://www.delrus.cec.eu.int/en/images/pText_pict/326/engl2.pdf

European Initiative for Democracy and Human Rights (2003)
http://www.delrus.cec.eu.int/en/images/pText_pict/326/Brochure eng.pdf

NATIONAL INDICATIVE PROGRAMME. COUNTRY: RUSSIAN FEDERATION. BUDGET YEARS: 2004 – 2006. LEGAL BASIS: TACIS COUNCIL REGULATION 99/2000. BUDGET LINE: B7-520. COST OF ORDER: € 392 MILLION. PROGRAMMING SERVICE: RELEX.E2. Adopted by the European Commission on 21 May 2003
http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/csp/04-06_en.pdf

Tabellen und Grafiken zum Text

Haushaltsansatz von TACIS für Russland, 2004–2006

BUDGET ENVELOPPE

PRIORITY AREAS	Budget	
	(€ millions)	in %
1. Support for institutional, legal and administrative reform	**122**	**31,1%**
Administrative reform	30	7,7%
Judicial reform	32	8,2%
Fight against organised crime and terrorism	20	5,1%
Migration issues	20	5,1%
Support for the civil society	20	5,1%
2. Support to the private sector and assistance for economic development	**120**	**30,6%**
Support to the integration of Russia into the international economy	45	11,5%
Reform of financial sector	30	7,7%
Support to policy dialogue in specific domains	30	7,7%
Support to infrastructure master planning	15	3,8%
3. Support for addressing the social consequences of transition	**125**	**31,9%**
Social and health sector reform	25	6,4%
Labour policy and social dialogue	20	5,1%
Education	45	11,5%
Municipal services	35	8,9%
Special Programme for Kaliningrad Oblast	25	6,4%
Total	392	100,0%

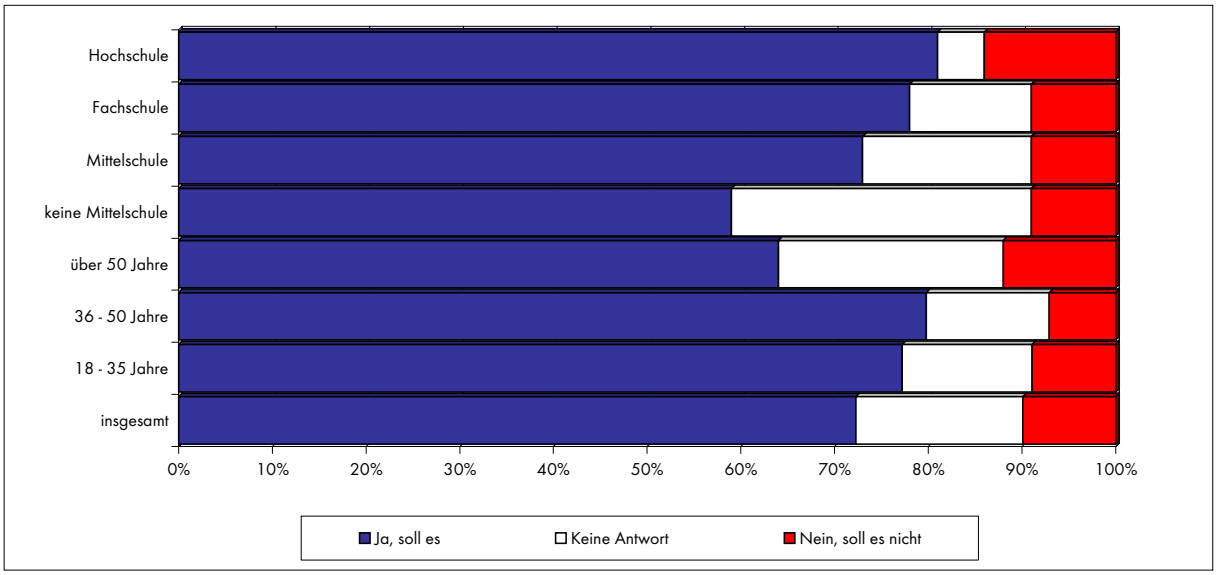
INDICATIVE ALLOCATIONS FOR THE SMALL PROJECTS PROGRAMMES CONTRIBUTING TO THE ABOVE-REFERED PRIORITY AREAS

SMALL PROJECTS PROGRAMMES	**93**	**100,0%**
Policy Advice Programme (PAP)	25	26,9%
Institution Building Partnership Programme (IBPP)	30	32,3%
Trans-European co-operation scheme for higher education (TEMPUS)	30	32,3%
Cross-Border Co-operation Programme, Small Projects Facility (CBC-SPF), as part of the Special Programme for Kaliningrad Oblast.	5	5,4%
Bistro programme	3	3,2%

Quelle: National Indicative Programme. Country: Russian Federation. Budget Years: 2004 – 2006. Legal Basis: TACIS Council Regulation 99/2000. Budget Line: b7-520.
Cost of Order: € 392 Million. Programming Service: Relex.E2. Adopted by the European Commission on 21 May 2003, S. 35.
http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/csp/04-06_en.pdf

Die Einstellung der Russen zur Europäischen Union im Juni und November 2003

Soll Russland sich darum bemühen, Mitglied der Europäischen Union zu werden? (Juni 2003)

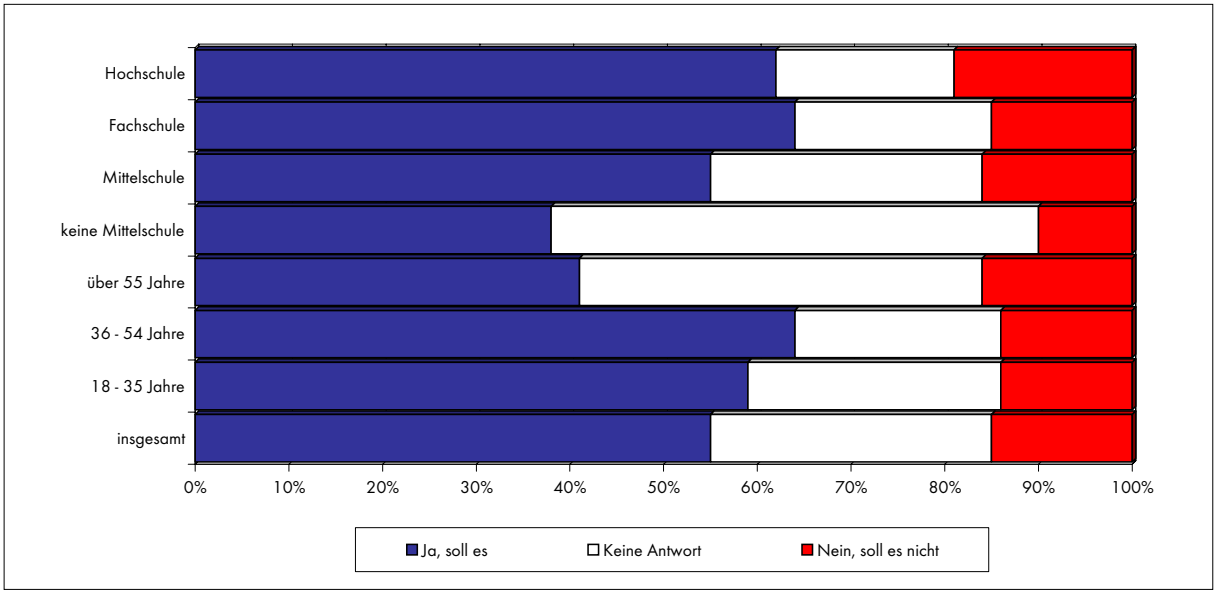


Beziehung zur Europäischen Union, Juni 2003

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 – 35 Jahre	36 – 50 Jahre	über 50 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe (in %)	100%	33%	27%	40%	21%	33%	34%	12%
Soll Russland sich darum bemühen, Mitglied der Europäischen Union zu werden?								
Ja, soll es	73%	78%	79%	64%	59%	73%	78%	81%
Nein, soll es nicht	10%	9%	7%	12%	9%	9%	9%	14%
Keine Antwort	18%	14%	13%	24%	32%	18%	13%	5%
Was glauben Sie, sympathisiert die Mehrheit der Führer der europäischen Länder mit Russland oder nicht?								
Sie sympathisieren	55%	58%	55%	51%	43%	59%	56%	58%
Sie sympathisieren nicht	24%	22%	23%	25%	23%	23%	23%	28%
Keine Antwort	22%	20%	22%	24%	34%	19%	20%	13%

Quelle: http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dominant2003/826_315/825_600/tb032306
Befragung FOM, 7.–8.62003, 1.500 Respondenten in 44 Regionen.

Soll Russland sich darum bemühen, Mitglied der Europäischen Union zu werden? (November 2003)

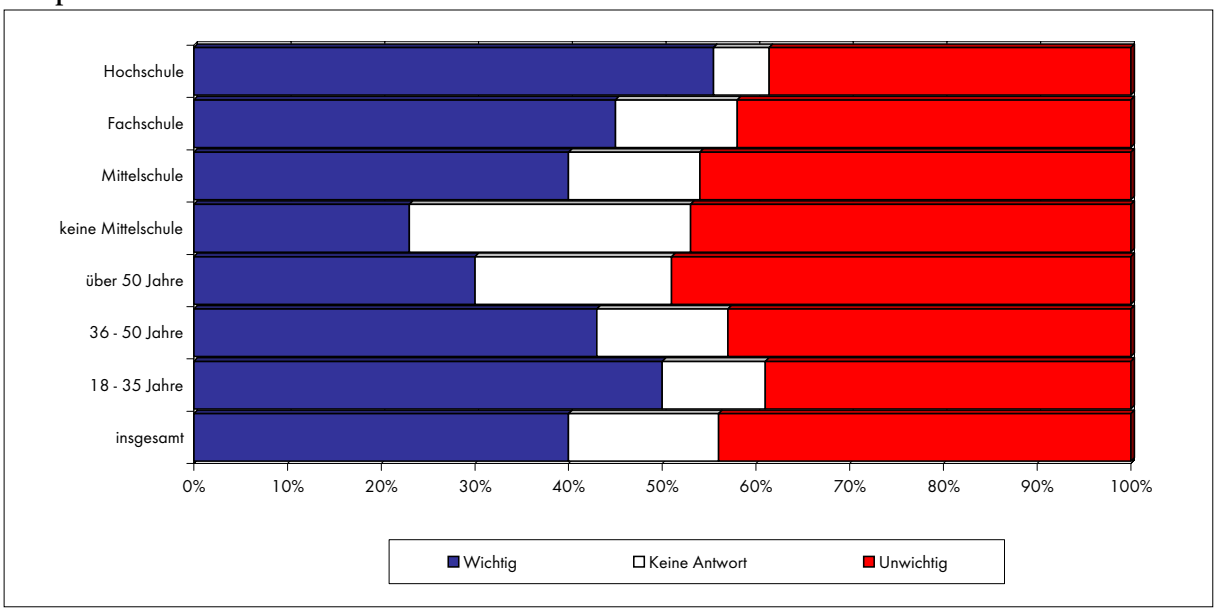


Russland und die Europäische Union, November 2003

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittel-schule	Mittel-schule	Fach-schule	Hoch-schule
Anteil der Gruppe (in %)	100%	32%	37%	31%	20%	34%	34%	11%
Soll Russland sich darum bemühen, Mitglied der Europäischen Union zu werden?								
Ja, soll es	55%	59%	64%	41%	38%	55%	64%	62%
Nein, soll es nicht	15%	14%	14%	16%	10%	16%	15%	19%
Keine Antwort	30%	27%	22%	43%	52%	29%	21%	19%
Was glauben Sie, sympathisiert die Mehrheit der Führer der europäischen Länder mit Russland oder nicht?								
Sie sympathisieren	37%	41%	41%	28%	24%	36%	42%	46%
Sie sympathisieren nicht	34%	34%	35%	34%	28%	36%	36%	37%
Keine Antwort	29%	26%	24%	38%	48%	28%	23%	18%

Quelle: http://bd.fom.ru/zip/tb0346.zip
Befragung FOM, 15.–16.11.2003

Ist es für Sie persönlich wichtig oder unwichtig, daß Russen die Möglichkeit erhalten, ohne Visum in europäische Länder zu reisen?



Die Visafrage, Juni 2003

	Russland insgesamt	Lebensalter			Bildung			
		18 – 35 Jahre	36 – 50 Jahre	über 50 Jahre	keine Mittel-schule	Mittel-schule	Fach-schule	Hoch-schule
Anteil der Gruppe (in %)	100%	33%	27%	40%	21%	33%	34%	12%
Ist es für Sie persönlich wichtig oder unwichtig, daß Russen die Möglichkeit erhalten, ohne Visum in europäische Länder zu reisen?								
Wichtig	40%	50%	43%	30%	23%	40%	45%	56%
Unwichtig	44%	39%	43%	49%	47%	46%	42%	39%
Keine Antwort	16%	11%	14%	21%	30%	14%	13%	6%
Was meinen Sie, soll Russland sich für die Abschaffung der Visumspflicht bei Reisen zwischen Russland und den europäischen Ländern einsetzen oder nicht?								
Ja, soll es	51%	55%	56%	45%	35%	53%	54%	66%
Nein, soll es nicht	26%	30%	25%	23%	21%	28%	27%	28%
Keine Antwort	23%	15%	19%	32%	44%	19%	20%	6%

Quelle: http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dominant2003/826_315/825_600/tb032306
Befragung FOM, 7.–8.62003, 1.500 Respondenten in 44 Regionen.

Dokumentation

Offener Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO vom 28. September 2004

Als Bürger der euroatlantischen Gemeinschaft demokratischer Staaten möchten wir unsere Sympathie und Solidarität mit den Bürgern der Russischen Föderation bei ihrem Kampf gegen den Terrorismus bekunden. Die Massenmörderer, die die Schule Nr. 1 in Beslan überfielen, haben einen abscheulichen Akt des Terrorismus verübt, der nicht rational erklärt oder entschuldigt werden kann. Während auch andere Massenmörderer Kinder und unbewaffnete Zivilisten getötet haben, stellt die Tatsache, dass so viele unschuldige Kinder in einer Schule als Ziel ausgesucht wurden, einen beispiellosen Akt der Barbarei dar, der die Werte und Normen unserer Gemeinschaft verletzt und der von allen zivilisierten Nation verurteilt werden muss.

Gleichzeitig sind wir tief besorgt, dass diese tragischen Ereignisse benutzt werden, um die Demokratie in Russland weiter zu untergraben. Die demokratischen Institutionen in Russland sind immer schwach und zerbrechlich gewesen. Seit seinem Amtsantritt als Präsident im Januar 2000 hat Wladimir Putin sie noch mehr geschwächt. Er hat systematisch Freiheit und Unabhängigkeit der Presse unterhöhlt, die „*checks and balances*" im russischen föderalen System zerstört, willkürlich sowohl wirkliche wie imaginäre politische Gegner verhaftet, legitime Kandidaten von Wahllisten entfernt, Führer von NGOs verhaftet und schikaniert und die politischen Parteien Russlands geschwächt. Im Sog des furchtbaren Verbrechens in Beslan hat Präsident Putin Pläne verkündet, um die Macht weiter zu zentralisieren und Maßnahmen durchzusetzen, die Russland einen Schritt weiter in Richtung eines autoritären Regimes treiben werden.

Wir sind auch über eine Verschärfung des russischen Verhaltens in auswärtigen Beziehungen besorgt. Die Außenpolitik Präsident Putins ist mehr und mehr von einer drohenden Haltung gegenüber Russlands Nachbarn und gegenüber der Energiesicherheit Europas gekennzeichnet, von einer Rückkehr zu einer militaristischen und imperialen Rhetorik und von der Weigerung, die internationalen vertraglichen Verpflichtungen Russlands einzuhalten. Es scheint, dass die Instrumente staatlicher Macht in allen Bereichen der russischen Politik wiederhergestellt werden und die Dominanz der Sicherheitsdienste wächst. Wir glauben, dass dieses Verhalten nicht als Fundament einer wahren Partnerschaft zwischen Russland und den Demokratien der NATO und der Europäischen Union akzeptiert werden kann.

Diese Maßnahmen sind nur der neueste Beweis dafür, dass die jetzige russische Führung sich von den demokratischen Kernwerten der euroatlantischen Gemeinschaft lossagt. In der Vergangenheit hat der Westen allzu oft geschwiegen und sich bei Kritik zurückgehalten, im Glauben, dass Präsident Putins Schritte in die falsche Richtung nur temporär seien, und in der Hoffnung, dass Russland bald auf einen demokratischen und pro-westlichen Pfad zurückkehren würde. Westliche Führer haben Präsident Putin weiter umworben, trotz wachsender Belege dafür, dass sich das Land in die falsche Richtung bewegt und dass seine [Präsident Putins] Strategie zur Bekämpfung des Terrors weniger und weniger Freiheit zur Folge hat. Wir sind der festen Meinung, dass eine Diktatur nicht die Antwort auf Russlands Probleme und auf die sehr realen Bedrohungen, mit denen es konfrontiert wird, ist und nicht sein kann.

Die führenden Politiker des Westens müssen erkennen, dass unsere gegenwärtige Strategie gegenüber Russland versagt. Unsere Politik hat dabei versagt, zu dem demokratischen Russland beizutragen, das wir uns gewünscht haben, und das die Menschen dieses großen Landes verdienen, nach allem, das sie durchgemacht haben. Es ist an der Zeit zu überdenken, wie und bis zu welchem Grade wir uns mit Putins Russland auseinandersetzen; es ist an der Zeit, dass wir uns eindeutig auf die Seite der demokratischen Kräfte in Russland stellen. Zu diesem kritischen Zeitpunkt in der Geschichte, während der Westen auf demokratische Veränderung in der Welt drängt, unter anderem auch in der weiteren Region des Mittleren Ostens, ist es zwingend erforderlich, dass wir bei der Bewertung von Moskaus Benehmen nicht beide Augen zudrücken, oder einen doppelten Standard für die Demokratie in den Ländern, die östlich von Europa liegen, aufstellen. Wir müssen die Wahrheit über das, was in Russland geschieht, sagen. Wir schulden es den Opfern von Beslan und den Zehntausenden von russischen Demokraten, die noch kämpfen, um Demokratie und Freiheit in ihrem Land zu bewahren.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann
Die Liste der Unterzeichner folgt auf der nächsten Seite

Unterzeichner

Urban Ahlin, Abgeordneter, Schweden; Madeleine K. Albright, Frühere Aussenministerin, U.S.A.; Giuliano Amato, Früherer Ministerpräsident, Italien; Uzi Arad, Institute for Policy and Strategy, Israel; Timothy Garton Ash, St. Antony's College, Oxford, Grossbritannien; Anders Aslund, Carnegie Endowment for International Peace, U.S.A.; Ronald D. Asmus, The German Marshall Fund of the United States, U.S.A.; Rafael L. Bardaji, Strategic Studies Group, Spanien; Wladyslaw Bartoszewski, Früherer Aussenminister, Polen; Arnold Beichman, Hoover Institution, U.S.A.; Jeff Bergner, U.S. Senat, U.S.A.; Joseph R. Biden, Senator, U.S.A.; Carl Bildt, Früherer Ministerpräsident, Schweden; Max Boot, The Council on Foreign Relations, U.S.A.; Ellen Bork, Project for the New American Century, U.S.A.; Pascal Bruckner, Schriftsteller, Frankreich; Mark Brzezinski, McGuire Woods, LLP, U.S.A.; Reinhard Bütikofer, Vorsitzender, „Die Grünen", Deutschland; Janusz Bugajski, Center for Strategic and International Studies, U.S.A.; Sir Michael Butler, Früherer Ständiger Vertreter bie der EU, Grossbritannien; Martin Butora, Früherer Botschafter, Slowakei; Daniele Capezzone, Italien; Per Carlsen, Institute of International Affairs, Dänemark; Gunilla Carlsson, Abgeordnete, Schweden; Ivo Daalder, Brookings Institution, U.S.A.; Massimo D'Alema, Früherer Ministerpräsident, Italien; Pavol Demes, Früherer Aussenminister, Slowakei; Larry Diamond, U.S.A.; Philip Dimitrov, Früherer Ministerpräsident, Bulgarien; Thomas Donnelly, American Enterprise Institute, U.S.A.; Nicholas Eberstadt, American Enterprise Institute, U.S.A.; Uffe Ellemann-Jensen, Früherer Aussenminister, Dänemark; Helga Flores Trejo, Heinrich Böll Foundation of North America, U.S.A.; Francis Fukuyama, U.S.A.; Jeffrey Gedmin, Aspen Institute Berlin, Deutschland; Bronislaw Geremek, Früherer Aussenminister, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Polen; Carl Gershman, National Endowment for Democracy, U.S.A.; Marc Ginsberg, U.S.A.; Andre Glucksmann, Schriftsteller, Frankreich; Phil Gordon, Brookings Institution, U.S.A.; Karl-Theodor von und zu Guttenberg, Abgeordneter, Deutschland; Istvan Gyarmati, Institute for Euro-Atlanticism and Democracy, Ungarn; Pierre Hassner, Center for International Studies and Research, Frankreich; Vaclav Havel, Früherer Präsident, Tschechien; Richard C. Holbrooke, Früherer Botschafter bei der UN, U.S.A.; Toomas Ilves, Früherer Aussenminister, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Estland; Bruce Jackson, Project on Transitional Democracies, U.S.A.; Donald Kagan, Yale University, U.S.A.; Robert Kagan, U.S.A.; Jerzy Kozminski, Früherer Botschafter bei der UN, Polen; Craig Kennedy, The German Marshall Fund of the United States, U.S.A.; Glenys Kinnock, Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Grossbritannien; Bernard Kouchner, Früherer UN Sondergesandter im Kosovo, Frankreich; Ivan Krastev, Center for Liberal Strategies, Bulgarien; William Kristol, Project for the New American Century, U.S.A.; Girts Valdis Kristovskis, Früherer Minister of Defense, Lettland; Ludger Kühnhardt, Professor, Universität Bonn, Deutschland; Mart Laar, Früherer Ministerpräsident, Estland; Vytautas Landsbergis, Früherer Präsident, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Litauen; Stephen Larrabee, RAND Corporation, U.S.A.; Mark Leonard, The Foreign Policy Center, Grossbritannien; Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Deutschland; Tod Lindberg, Policy Review, U.S.A.; Tom Malinowski, Human Rights Watch, U.S.A.; Will Marshall, Progressive Policy Institute, U.S.A.; Margarita Mathiopoulos, Professorin, Universität Potsdam, Deutschland; Clifford May, U.S.A.; John McCain, Senator, U.S.A.; Michael McFaul, U.S.A.; Matteo Mecacci, Italien; Mark Medish, Früherer Senior Director des Nationalen Sicherheitsrats, U.S.A.; Thomas O. Melia, Institute for the Study of Diplomacy, U.S.A.; Sarah E. Mendelson, U.S.A.; Michael Mertes, Dimap Consult, Deutschland; Ilir Meta, Früherer Ministerpräsident, Albanien; Adam Michnik, Gazeta Wyborcza, Polen; Richard Morningstar, Früherer Botschafter bei der EU, U.S.A.; Joshua Muravchik, American Enterprise Institute, U.S.A.; Klaus Naumann, Früherer Vorsitzender des NATO Militärausschusses, Deutschland; Dietmar Nietan, Abgeordneter, Deutschland; James O'Brien, Früherer Präsidentengesandter auf dem Balkan, U.S.A.; Janusz Onyszkiewicz, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Polen; Cem Ozdemir, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Deutschland; Can Paker, Turkish Economic and Social Studies Foundation, Türkei; Botschafter Mark Palmer, Capital Development Company, LLC, U.S.A.; Martin Peretz, U.S.A.; Friedbert Pflüger, Abgeordneter, Deutschland; Danielle Pletka, American Enterprise Institute, U.S.A.; Florentino Portero, Strategic Studies Group, Spanien; Samantha Ravich, Long Term Strategy Project, U.S.A.; Janusz Reiter, Center for International Relations, Polen; Alex Rondos, Früherer Botschafter, Griechenland; Jim Rosapepe, Früherer Botschafter in Rumänien, U.S.A.; Jacques Rupnik, Center for International Studies and Research, Frankreich; Eberhard Sandschneider, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Deutschland; Randy Scheunemann, Project for the New American Century, U.S.A.; Christian Schmidt, Abgeordneter, Deutschland; Gary Schmitt, Project for the New American Century, U.S.A.; Simon Serfaty, Center for Strategic and International Studies, U.S.A.; Stephen Sestanovich, U.S.A.; Radek Sikorski, American Enterprise Institute, U.S.A.; Stefano Silvestri, Institute for International Affairs, Italien; Martin Simecka, Editor, Slowakei; Gary Smith, American Academy in Berlin, Deutschland; Abraham Sofaer, Hoover Institution, U.S.A.; James Steinberg, The Brookings Institution, U.S.A.; Gary Titley, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Grossbritannien; Ivan Vejvoda, Fund for Open Society, Serbien; Sasha Vondra, Früherer Stellvertretender Aussenminister, Tschechien; Celeste Wallander, Center for Strategic and International Studies, U.S.A.; Ruth Wedgwood, U.S.A.; Richard Weitz, Institute for Foreign Policy Analysis, U.S.A.; Kenneth Weinstein, Hudson Institute, U.S.A.; Jennifer Windsor, Freedom House, U.S.A.; R. James Woolsey, U.S.A.

Quelle: http://www.cdi.org/russia/johnson/8385-24.cfm *From: „Celeste Wallander"* CWallander@csis.org

Pressestimmen zum Offenen Brief

tageszeitung

Interview mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Gernot Erler

„***taz:*** *Herr Erler, sollten auch Sie den offenen Brief unterschreiben?*
Gernot Erler: Ja, ich habe ihn von dem US-amerikanischen Politologen Ronald Asmus bekommen, der den Brief auch unterschrieben hat.
Sie hingegen haben nicht unterschrieben. Warum?
Die in dem Brief geäußerte Kritik an Putin und der russischen Politik ist mindestens überzogen, darüber hinaus auch nicht belegt. Ich halte diesen hochdramatischen Ausbruch von Empörung für kontraproduktiv.
[…]
Ist denn Kritik an der Russlandpolitik der Regierung verboten, nur weil sie auch von der Union kommt?
Natürlich nicht. Aber dann hätte ich eine Diskussion in der Koalition erwartet. Was soll man davon halten, wenn in der Vorwoche sich die Grünen noch zu der Politik des von ihnen gestellten Außenministers bekennen und nun so etwas. Herr Bütikofer sollte diese Unterschrift gut überdenken und öffentlich erklären. Denn die bisherige Politik besteht in dem Versuch, Russland einzubinden, nicht es zu isolieren."
http://www.taz.de/pt/2004/09/30/a0239.nf/text

Klaus-Helge Donath (Moskau): Post für Putin

„In Russland ist die Mahnung offiziell nicht zur Kenntnis genommen worden. Nur der noch unabhängige Radiosender Echo Moskwy und einige Internetdienste gaben den Inhalt des Briefes wieder. Die gleich geschalteten elektronischen Medien verschwiegen die Initiative, und auf die Schnelle wollten sich auch die Pressechefs verschiedener politischer Institutionen gestern nicht zu dem Appell äußern.
Lediglich die Liberaldemokratische Partei (LDPR) des Chauvinisten Wladimir Schirinowski kommentierte auf Anfrage ad hoc: „Der Westen spricht von Partnerschaft, stellt uns aber hinterrücks ein Bein", meinte Pressesekretär Pawel Welikanow. Im Westen wisse man nicht, was in Russland tatsächlich passiere, und unterstütze Kräfte, die das Land zerstörten. Im Interesse des Staates sei ein „Rückzug von der Demokratie" zurzeit vonnöten.
Eduard Lasanski, Präsident der amerikanischen Universität in Moskau, hält die Initiative für ein „politisches Manöver", das weniger mit Russland als mit dem US-Präsidentschaftswahlkampf zusammenhänge."
http://www.taz.de/pt/2004/09/30/a0235.nf/text

Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Der SPD-Außenpolitiker Erler lehnte es hingegen ab, den Brief zu unterschreiben. „Ich habe meine Unterstützung verweigert, weil es sich um eine aggressive Attacke handelt", sagte Erler dieser Zeitung. Das Schreiben enthalte eine Reihe von Kritikpunkten, die „überzogen, unbelegt und teilweise sachlich falsch" seien. „Durch diesen Schritt werden die Tendenzen zur Selbstisolierung Russlands bestärkt", sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Er wundere sich über die Unterschrift Bütikofers, da der Brief eindeutig gegen Schröder ziele. „Wer sind denn die westlichen Staatschefs, denen vorgeworfen werden könne, dass sie sich zu sehr an Putin anlehnten?"
http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E2384558E38604A4FAF44CE4297F50562~ATpl~Ecommon~Scontent.html

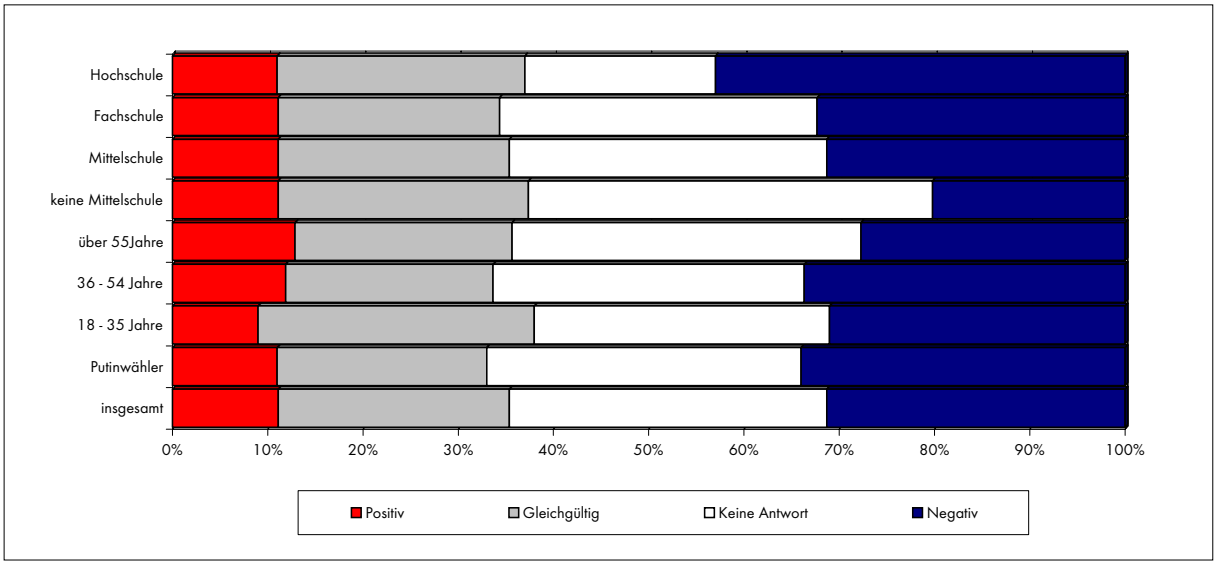
Handelsblatt

„Die Schärfe der Sprache führte in Deutschland umgehend zur Kritik an den Unterzeichnern: Nach Informationen des Handelsblattes aus Regierungskreisen wurde in der Sitzung des Bundeskabinetts am Mittwoch allgemeines Unverständnis darüber geäußert, dass Grünen-Parteichef Bütikofer den Brief mit unterzeichnet habe. … Der von amerikanischer Seite lancierte Brief war in den vergangenen Tagen auch einer Reihe von Bundestagsabgeordneten vorgelegt worden, die ihn aber nicht unterzeichnen wollten. Dazu gehörte neben Erler auch und der CDU-Außenpolitiker Volker Rühe.
Vor allem in den USA hat sich der Ton gegenüber Russland in den vergangenen Wochen verschärft. US- Außenminister Colin Powell hatte Moskau im Zusammenhang mit den umstrittenen Wahlen in Tschetschenien scharf angegriffen."
http://www.handelsblatt.de/pshb/fn/relhbi/sfn/buildhbi/GoPage/202829,203165/bmc/cn_hnavi/bmc/cn_archiv_artikel/dk/HBONLINE_572628/wid/0/sgen/0/SH/0/depot/0/index.html

Umfrage

Putins Systemreform in den Augen der Öffentlichkeit

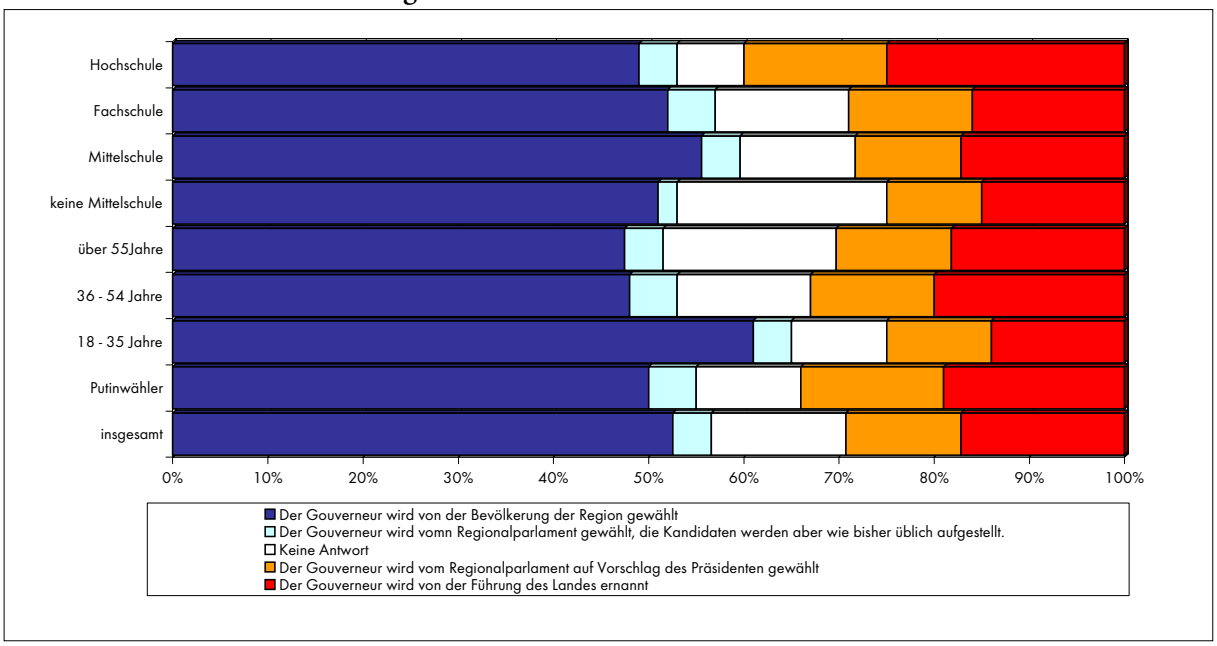
Wie stehen Sie persönlich zur Abschaffung der Territorialwahlkreise und der Wahl der Abgeordneten nach Parteilisten – positiv, negativ oder gleichgültig?



Dumawahlen: Übergang zum Verhältniswahlrecht

	Russland insgesamt	Putinwähler	Lebensalter			Bildung			
			18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe (in %)	100%	46%	34%	38%	28%	17%	35%	35%	13%
Die Wahlen zur Duma werden mit einem gemischten Wahlrecht durchgeführt: die Hälfte der Abgeordneten wird nach Parteilisten gewählt, die andere Hälfte über Territorialwahlkreise. In welchem Fall vertritt, Ihrer Meinung nach, der in die Duma gewählte Abgeordnete die Interessen seiner Wähler besser?									
Wenn er als Abgeordneten von den Einwohnern eines Wahlkreises gewählt wurde	50%	54%	50%	51%	50%	45%	51%	53%	48%
Wenn er als Parteivertreter in die Duma gewählt wird	9%	9%	12%	6%	11%	9%	10%	8%	10%
In beiden Fällen gleichermaßen	18%	16%	19%	19%	15%	17%	17%	16%	27%
Keine Antwort	22%	20%	19%	24%	24%	29%	21%	22%	15%
Wie stehen Sie persönlich zur Abschaffung der Territorialwahlkreise und der Wahl der Abgeordneten nach Parteilisten – positiv, negativ oder gleichgültig?									
Positiv	11%	11%	9%	12%	13%	11%	11%	11%	11%
Gleichgültig	24%	22%	29%	22%	23%	26%	24%	23%	26%
Negativ	31%	34%	31%	34%	28%	20%	31%	32%	43%
Keine Antwort	33%	33%	31%	33%	37%	42%	33%	33%	20%

Welches Verfahren zur Bestimmung des Gouverneurs ziehen Sie vor?



Gouverneure und regionale Präsidenten: Wie soll man sie auswählen?

	Russland insgesamt	Putinwähler	Lebensalter			Bildung			
			18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe (in %)	100%	46%	34%	38%	28%	17%	35%	35%	13%
Was glauben Sie, von wem hängt die Lage in Ihrer Region am meisten ab – von der föderalen Exekutive oder von der örtlichen, regionalen Exekutive?									
Von der föderalen Exekutive	28%	26%	31%	28%	25%	20%	30%	28%	33%
Von der örtlichen, regionalen Exekutive	59%	61%	55%	63%	58%	59%	59%	59%	59%
Keine Antwort	13%	13%	14%	10%	17%	21%	12%	13%	8%
Welches Verfahren zur Bestimmung des Gouverneurs ziehen Sie vor?									
Der Gouverneur wird von der Bevölkerung der Region gewählt	52%	50%	61%	48%	47%	51%	55%	52%	49%
Der Gouverneur wird von der Führung des Landes ernannt	17%	19%	14%	20%	18%	15%	17%	16%	25%
Der Gouverneur wird vom Regionalparlament auf Vorschlag des Präsidenten gewählt	12%	15%	11%	13%	12%	10%	11%	13%	15%
Der Gouverneur wird vom Regionalparlament gewählt, die Kandidaten werden aber wie bisher üblich aufgestellt.	4%	5%	4%	5%	4%	2%	4%	5%	4%
Keine Antwort	14%	11%	10%	14%	18%	22%	12%	14%	7%

Quelle für die Tabellen und Grafiken auf den Seiten 12 und 13: Angaben der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), Befragung vom 18.–19. September 2004 http://bd.fom.ru/zip/tb0438.zip

Chronik

Vom 22. bis zum 30.September 2004

22.9.2004	Der französischer Mineralölkonzern „Total“ teilt mit, dass er 25%+1 Anteile des größten russischen unabhängigen Erdgasunternehmens Nowatek erwerben wird.
22.9.2004	Der staatliche Erdgaskonzern „Gazprom“ gibt bekannt, dass er mit dem US-Mineralölkonzern Chevron Texaco ein Memorandum über künftige Kooperation unterzeichnet hat. U.a. geht es dabei um die Entwicklung der Stockmann Gasfelder in der Arktis. Allein dieses Projekt wird Investitionen in Höhe von 10–15 Mrd. US$ erfordern.
22.9.2004	Boris Gryslow, Vorsitzender der Duma und Führer der Partei „Einiges Russland“, teilt mit, dass in den letzen Tagen 10 Gouverneure der Partei beigetreten sind. Er erwartet den Beitritt von 20 weiteren in der nächsten Zeit.
23.9.2004	In einer Rede vor der 59. Generalversammlung der Vereinten Nationen ruft Außenminister Sergej Lawrow zur Bekämpfung des Terrorismus auf.
24.9.2004	Die Duma verabschiedet einen Zusatz zu den Gesetzen über Grund und Boden und über landwirtschaftliche Nutzflächen, nach denen die Grundstücke, auf denen sich religiöse und Wohlfahrtszwecke bestimmte Objekte befinden, unentgeltlich in das Eigentum religiöser Organisationen zu übertragen sind.
24.9.2004	Der Regierungschef der Volksrepublik China, Wen Jiabao, trifft zu einem Staatsbesuch in Moskau ein.
24.9.2004	Der Gebietsstaatsanwalt von Samara eröffnet ein Verfahren gegen Gouverneur Konstantin Titow. Vorher hatte ein Gebietsgericht festgestellt, dass 2002 verabschiedete Verlängerung der Amtszeit des Gouverneurs von 4 auf 5 Jahren nicht für die laufende Amtszeit gilt. Danach wäre Titow seit dem 2.6.2004 nicht mehr Gouverneur.
26.9.2004	Die Moskauer Polizei verhaftet zwei Tschetschenen unter der Beschuldigung, Paul Khlebnikov, den Chefredakteur der russischen Ausgabe der Zeitschrift „Fortune“ erschossen zu haben.
26.9.2004	Ministerpräsident Fradkow entlässt den Leiter des staatlichen Rüstungsunternehmens MiG, Walerij Torjanin, und ersetzt ihn durch Alexej Fjodorow.
26.9.2004	Eine unangemeldete Demonstration der „Roten Jungen Garde“ auf dem Roten Platz in Moskau wird von der Polizei unterbunden. 13 Personen werden festgenommen.
26.9.2004	In Irkutsk werden zwei Funktionäre der Partei „Heimat“, Jan Trawinskij und Marina Murachowskaja, von Unbekannten erschossen.
27.–28.9.2004	Am Grenzdreieck der Rayons Noschaj-Jurt, Wedeno und Kurtschaloj in Tschetschenien stellen föderale Truppen eine große Guerillagruppe. Die Gefechte dauern an. Angeblich hält sich auch der tschetschenische Präsident Maschadow in der Region auf.
28.9.2004	Putin unterzeichnet einen Erlass, der eine staatliche Unterstützung für Menschenrechtsgruppen und die Schaffung eines Internationalen Menschenrechtszentrums vorsieht.
28.9.2004	Staatsbesuch des polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski. Putin kritisiert ihm gegenüber die Berichterstattung der polnischen Medien über Beslan. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz bezeichnet Putin Polen als wirtschaftlichen Schlüsselpartner. Die Präsidenten vereinbaren die Schaffung einer Stiftung, die historische Dokumente verfügbar machen soll, darunter die Materialien über Katyn.
29.9.2004	115 Politiker, Literaten und Wissenschaftler aus den USA und aus einigen anderen westlichen Ländern richten einen offenen Brief an die Regierungen der EU und der NATO, in dem sie den wachsenden Autoritarismus in Putins Russland kritisieren.
29.9.2004	Die US-Mineralölfirma ConocoPhillips erwirbt bei einer Versteigerung für 1,988 Mrd. US$ 7,59% der Aktien von Lukojl. Die Anteile waren bisher in staatlicher Hand.
30.9.2004	Das russische Kabinett beschließt, der das Kyoto-Abkommen zur Ratifizierung zuzuleiten. Gleichzeitig werden die Ressorts angewiesen, innerhalb von drei Monaten Konzepte zur Implementierung des Kyoto-Abkommens vorzulegen.
30.9.2004	Ein Vertreter des Generalstabs teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass 17.000 Wehrpflichtige ihrer Einberufung zum Herbst nicht Folge geleistet haben.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.
Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder
ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de